

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : III-263

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

---

#### Artikel III-263 (ex-Artikel 228)

(1) Stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat die Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ergeben, nicht getroffen, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen, nachdem sie diesem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat. Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den [Artikel III-262 (ex-227)] unberührt.

~~(3) ——— Erhebt die Kommission beim Europäischen Gerichtshof Klage gemäß [Artikel III 261 (ex 226)], da sie der Auffassung ist, dass der betreffende Staat gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, Maßnahmen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes mitzuteilen, so kann sie, wenn sie dies für angemessen hält, den Europäischen Gerichtshof in demselben Verfahren ersuchen, gegen den betreffenden Mitgliedstaat die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds zu verhängen, wenn der Europäische Gerichtshof einen Verstoß feststellen sollte. Gibt der Europäische Gerichtshof dem Antrag der Kommission statt, so wird die fragliche Zahlung innerhalb der vom Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil festgelegten Frist rechtswirksam.~~

---

#### Explanation:

Absatz 3 ist zu streichen. Wenn in ein und demselben Verfahren die Vertragsverletzung und das Zwangsgeld festgelegt werden können, so birgt dies angesichts der nötigen parlamentarischen Verfahren insbesondere in föderalen Staaten die Gefahr, dass trotz redlichen Bemühens um Abhilfe ein Mitgliedstaat hohe finanzielle Sanktionen zahlen muss.

